

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

1, RATHAUS, HALBSTOCK, TÜR 247 d-i, 1082 WIEN - TELEPHON 42 805, KL. 2971-2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 29. März 1968

Blatt 825

Arbeitsgemeinschaft für Wiener Erwachsenenbildung

29. März (RK) Kommenden Mittwoch, den 3. April, findet über Einladung von Kulturstadträtin Gertrude Sandner im Wappensaal des Wiener Rathauses eine Ausspreche zwischen Vertretern der verschiedenen mit Erwachsenenbildung befaßten Organisations-tionen statt.

Diese Zusammenkunft ist das erfreuliche Ergebnis vorausgegan-gener Bemühungen, die Organisationen der Erwachsenenbildung für die Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft der Wiener Erwachsenen-bildung" zu gewinnen. Diese Bestrebungen gehen auf die Initiative von Stadträtin Sandner zurück.

(Soweit bereits mit Fernschreiber durchgegeben!)

+

Gerade in der heutigen Zeit ist es nicht nur wünschens-wert, sondern auch notwendig, die in der Erwachsenenbildung ge-leistete Arbeit zu koordinieren, um den höchstmöglichen Erfolg zu erzielen.

Pädagogen aller Länder sind sich längst darüber einig, daß das von der Schule vermittelte Wissen bei dem Tempo, in dem sich unsere Umwelt entwickelt und wandelt, nicht für ein ganzes Menschenleben ausreichen kann. Der Mensch muß Zeit seines Lebens weiterlernen, sonst läuft er Gefahr, den Kontakt zu seiner Umwelt zu verlieren, den Anschluß im Beruf zu versäumen und die Welt nicht mehr zu verstehen. Damit ist die permanente Bildung des Menschen die Voraussetzung für die Bewältigung der Gegenwart und die Gestaltung der Zukunft.

- - -

Neustiftgasse wird umgebaut

=====

29. März (RK) Die Neustiftgasse im 7. Bezirk, wird von der Neubaugasse bis zum Lerchenfelder Gürtel im heurigen Jahre umgebaut werden. Die Straßenbauarbeiten werden voraussichtlich Ende Juli beginnen und im Herbst abgeschlossen sein.

Vor dem Straßenbau werden noch die in diesem Straßenzug liegenden Versorgungsleitungen saniert. Die bestehenden Gas- und Wasserrohrstränge werden gegen solche mit größerem Durchmesser ausgewechselt werden. Ferner sind noch Arbeiten an Elektrizitäts- und Telefonkabeln notwendig.

Die Wiener Stadtwerke-Gaswerke haben bereits mit ihren Arbeiten begonnen. Die Neustiftgasse wurde für den Durchgangsverkehr in den Abschnitten Neubaugasse-Myrthengasse sowie Schottenfeldgasse-Gürtel gesperrt. Diese Verkehrsmaßnahme löst somit jene ab, die bis 2. März in der Neustiftgasse bestanden hatte. Diese Maßnahme (Einbahnführung der Neustiftgasse Richtung stadteinwärts) standen mit Rohrauswechslungsarbeiten der Wasserwerke in der Lerchenfelder Straße im Zusammenhang. Erwähnt sei noch, daß während der jetzt in Kraft getretenen Durchfahrtssperre die Zufahrt gestattet ist.

- - -

Kommunalkredit-AG legt Geschäftsbericht vor
=====

29. März (RK) In einer Pressekonferenz in der Zentralsparkasse wurde heute der Geschäftsbericht 1967 der Österreichischen Kommunalkredit-AG vorgelegt:

"Die ungünstige Konjunktorentwicklung der letzten Jahre hat bewirkt, daß verschiedene strukturelle Schwächen der österreichischen Volkswirtschaft, die Jahre hindurch von der Hochkonjunktur überlagert gewesen waren, nunmehr stärker in Erscheinung getreten sind. Demgemäß stellen die strukturpolitischen Probleme der österreichischen Volkswirtschaft in hohem Maße regionalpolitische Probleme dar.

Somit sind die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, die vor über neun Jahren zu der Gründung der Österreichischen Kommunalkredit-Aktiengesellschaft zur Aufschließung von Industriegelände als Finanzierungsinstrument mit besonderer regional- und strukturpolitischer Aufgabenstellung geführt hatten, infolge der vielschichtigen und weitverzweigten Problematik der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation heute von erhöhter Aktualität. Nachdem seinerzeit allerdings regionalpolitische Maßnahmen in erster Linie die Ansiedlung von Industriebetrieben in unterindustrialisierten Gebieten, sowie die Reindustrialisierung von Industriegebieten, die durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen notleidend geworden waren, zum Ziele hatten, hat sich nunmehr der Akzent der Regionalpolitik in stärkerem Maße zu der Sanierung von Gebieten, deren industrielle Wirtschaftsstruktur durch stagnierende oder schrumpfende Produktionszweige und Betriebe gekennzeichnet ist, verlagert. Demgemäß entfiel ein beträchtlicher Teil der im Jahre 1967 bewilligten Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG auf die Finanzierung von Industrieprojekten, die im wesentlichen der Strukturverbesserung von industrialisierten Gebieten dienen, deren Wirtschaftskraft und Beschäftigungslage durch ihre ungünstige Produktionsstruktur gefährdet ist. Hierbei handelt es sich teils um Förderungsmaßnahmen für die Errichtung neuer Industriebetriebe in Kohlenbergbau-

gebieten, teils um die Ansiedlung oder Erweiterung von Industriebetrieben zur Beseitigung, bzw. Milderung sonstiger ungünstiger Monostrukturen.

Die Gemeinden als die von der wirtschaftlichen Stagnation, bzw. Schrumpfung in ihren Gebieten unmittelbar betroffenen Gebietskörperschaften erblicken es vielfach als ihre Aufgabe, entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der lokalen, bzw. regionalen Wirtschaftsstruktur zu treffen. Sie wenden sich daher an die Österreichische Kommunalkredit-AG um entsprechende Finanzierungshilfe für ihre Bemühungen, durch Bereitstellung von aufgeschlossenem Industriegelände und von Werkshallen die Ansiedlung oder den Ausbau aufstrebender Industriebetriebe zu fördern.

Mit der Bewilligung von 26 weiteren Kommunaldarlehen in der Gesamthöhe von 73,150.000 Schilling für die Förderung von Industrialisierungsprojekten hat die Österreichische Kommunalkredit-AG im Geschäftsjahr 1967 eine gegenüber den vorangegangenen Jahren erhöhte Aktivität entfaltet. Die Zahl der seit der Gründung des Instituts bis Jahresende 1967, somit innerhalb eines Zeitraumes von neun Jahren, positiv erledigten Darlehensansuchen ist damit auf 192, die bewilligte Gesamtdarlehenssumme auf rund 497,000.000 Schilling gestiegen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß einige der bewilligten Projekte später wieder storniert werden mußten und daß es sich in 18 Fällen um Zusatzdarlehen für bereits durch frühere Kommunaldarlehen finanzierte Projekte gehandelt hat, wurden bis Jahresende 1967 effektiv 163 konkrete Industrialisierungsprojekte durch Gewährung von Kommunaldarlehen in Höhe von zusammen 463,000.000 Schilling gefördert.

Bei der regionalen Verteilung der bisher zugesagten Kommunaldarlehen stehen nach wie vor die beiden östlichen Bundesländer Niederösterreich und Burgenland, die in ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsgrad in vieler Hinsicht gegenüber dem übrigen Bundesgebiet benachteiligt sind, an der Spitze. In den letzten Jahren, so auch im Berichtsjahr 1967, sind jedoch auch strukturgefährdete Gebiete in den Bundesländern Steiermark, Kärnten und Oberösterreich bei der Gewährung von Kommunaldarlehen stärker

in den Vordergrund getreten, zumal gegenwärtig die Sanierung von Gebieten, deren Wirtschaftsstruktur durch das Vorherrschen stagnierender oder schrumpfender Wirtschaftszweige bestimmt ist, ein besonders dringliches regionalpolitisches Anliegen darstellt. Das Bestreben geht im wesentlichen dahin, die Wirtschaftskraft solcher Gebiete durch die Förderung der Ansiedlung oder des Ausbaues von Wachstumsindustrien, beziehungsweise -betrieben, zu stärken.

Die Industrialisierungsprojekte, die durch die im Jahre 1967 bewilligten Kommunaldarlehen gefördert werden, bewirken zunächst die Schaffung von 1.300 zusätzlichen Dauerarbeitsplätzen in österreichischen Entwicklungsgebieten, beziehungsweise strukturgefährdeten Gebieten; durch die geplanten weiteren Ausbaustufen der betreffenden Betriebe wird sich diese Zahl jedoch in der Folge voraussichtlich auf über 2.000 erhöhen.

Insgesamt beläuft sich der arbeitsmarktmäßige Effekt jener Industrialisierungsprojekte, zu deren Förderung seit dem Bestehen der Österreichischen Kommunalkredit-Aktiengesellschaft Kommunaldarlehen gewährt worden sind, auf über 20.000 Dauerarbeitsplätze, die teils schon entstanden, teils noch im Entstehen begriffen sind.

In den ersten drei Monaten des Jahres 1968 wurden sieben weitere Darlehensansuchen von Gemeinden in Höhe von zusammen 22,000.000 Schilling positiv erledigt.

- - -

Wien im Februar
=====

29. März (RK) Im Monatsbericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien werden für Februar 857 Eheschließungen, 1.665 Lebendgeborene und 2.398 Sterbefälle ausgewiesen. Ein Vergleich mit den Februarzahlen des Vorjahres ergibt, daß heuer um 63 Ehen mehr geschlossen und um 14 Kinder weniger geboren wurden. Die Zahl der Sterbefälle war um 161 kleiner. Nach dem Bericht der Bundespolizeidirektion sind im Februar 9.652 Personen nach Wien zugewandert, 8.325 haben sich abgemeldet.

- - -

Infektionskrankheiten im Februar
=====

29. März (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien bringt in seinem Tätigkeitsbericht über den Monat Februar folgende Zahlen über die in Wien aufgetretenen anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten: Grippe 183, Scharlach 93, infektiöse Hepatitis 62, Keuchhusten 23, Genickstarre 5 und Tularaemie 4 Fälle. Keine Erkrankungen gab es bei Diphtherie, Kinderlähmung, Typhus, Paratyphus, Ruhr und bakterieller Lebensmittelvergiftung.

Bei einer Gesamtzahl von 6.420 Besuchern betrug die Zahl der Neuuntersuchten in den Tbc-Fürsorgestellen 1.953. In 81 Fällen wurde eine aktive Tuberkulose festgestellt. In den Tbc-Fürsorgestellen wurden insgesamt 2.217 Röntgendurchleuchtungen, 433 Röntgenaufnahmen und 1.586 Hausbesuche gemacht.

Die Parteienfrequenz in der Beratungsstelle für Geschlechtskranke betrug 3.133. Von 574 im Wochendurchschnitt untersuchten Kontrollprostituierten waren 15, von 123 untersuchten Geheimprostituierten 27 venerisch infiziert. Aus ganz Wien wurden 172 Fälle frischer venerischer Erkrankungen gemeldet.

In den 53 Mutterberatungstellen wurden an 334 Beratungstagen 9.912 ärztliche Beratungen durchgeführt. In den 7 Schwangerenberatungsstellen der Gemeinde Wien wurden im Berichtsmonat 648 Frauen untersucht, davon erstmalig 193. Bei 109 Frauen wurden krankhafte Befunde erhoben, die zu einer Störung der Schwangerschaft führen können.

In den Wiener Schulen wurden 11.212 Kinder untersucht, in der Augenärztlichen Zentrale 947 und in der Ohrenärztlichen Zentrale 768.

Im Krebsreferat sind im Berichtsmonat 354 Personen, davon 134 Männer, untersucht worden. Dabei wurden acht geschwulstverdächtige Befunde erhoben. 269 Personen wurden wegen anderer Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen; darunter waren 28 Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

In der Sportärztlichen Untersuchungsstelle wurden 113 Sportler untersucht.

Sitzung des Wiener Landtages
=====

29. März (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Wilhelm Stemmer wurde heute vormittag eine kurze Sitzung des Wiener Landtages abgehalten. Als einziger Tagesordnungspunkt wurde die Wiederholung des Gesetzesbeschlusses vom 20. Dezember 1967, behandelt, womit einzelne Bestimmungen der Bauordnung für Wien und der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien ergänzt werden.

Berichterstatter Stadtrat Rudolf Sigmund (SPÖ) führte aus, daß die Bundesregierung gegen diesen Gesetzesbeschluß des Wiener Landtages Einspruch gemäß Artikel 98 des Bundesverfassungsgesetzes erhoben hatte. Der Einspruch wurde damit begründet, daß Artikel 4 dieses Gesetzesbeschlusses verfassungswidrigerweise die Zuständigkeit der Landesregierung zur Erlassung von Durchführungsverordnungen ausschließe. Stadtrat Sigmund legte dann die Gründe dar, die maßgebend sind, daß der Einspruch der Bundesregierung nicht stichhältig ist und daß auch die außerhalb des Einspruches vorgebrachten Anregungen keinen Anlaß geben, den Gesetzesbeschluß vom 20. Dezember 1967 zu ändern. Er stellte den Antrag, der Wiener Landtag möge den Gesetzesbeschluß vom 20. Dezember 1967 wiederholen. .

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt, Präsident Dr. Stemmer schloß die Sitzung.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

29. März (RK) In Anschluß an den Landtag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek zu einer Sitzung zusammen. Es lagen vor: eine Anfrage der ÖVP, eine der FPÖ und fünf von der KLS.

Die ÖVP hatte eine Anfrage über die Behandlung des am 23. Februar eingebrachten Antrages im Zusammenhang mit dem Ausstellungspavillon über den Donaupark eingebracht und dazu den Antrag auf Verlesung und Besprechung verlangt.

Die KLS hatte eine Anfrage betreffend Maßnahmen gegen die Wiedererstehung des Neofaschismus eingebracht. Auch dazu wurde Verlesung und Besprechung verlangt. Über diese beiden Anträge wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden.

Ferner lagen folgende Anträge vor: Von der ÖVP, betreffend "Erstellung eines Bäderkonzeptes für Wien"; betreffend "Änderung der Zuweisungsmodalitäten für Genossenschaftswohnungen, die durch den Wiener Wohnbaufonds gefördert werden"; betreffend "Verbesserung der Vormerkbestimmungen zur Erlangung einer Gemeindewohnung und Einführung eines Punktesystems zur gerechten Wohnungsvergabe".

Ein gemeinsamer Antrag von SPÖ und ÖVP betrifft "Schaffung einer provisorischen Einsteigstelle bei der Haltestelle Rennweg der Wiener Schnellbahn".

Verabschiedung und Wahl zweier Stadträte

Bürgermeister Marek setzt den Gemeinderat davon in Kenntnis, daß der Amtsführende Stadtrat für das Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen Franz Glaserer (SPÖ) und der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Rudolf Sigmund (SPÖ) ihre Mandate als Amtsführende Stadträte zurückgelegt haben. Das bedeutet, setzt der Bürgermeister fort, daß zwei profilierte Persönlichkeiten, die viele Jahre in Dienst unserer Bevölkerung tätig waren und fruchtbare Arbeit geleistet haben, aus dem Wiener Stadtsenat ausscheiden.

In einer Würdigung ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit hebt der Bürgermeister hervor, daß die Diplomatie von Stadtrat Glaserer war es zuzuschreiben, daß er das Wohnungsamt aus den Niederungen politischer Auseinandersetzungen herausführte. Er stellte sich der Öffentlichkeit und informierte in direktem Gespräch die Presse, womit er eine Atmosphäre schuf, die es ermöglichte, eine gerechtere Beurteilung zu erreichen. In seiner Tätigkeit als Stadtrat in der Dauer von 13 Jahren und drei Monaten hat er mitgeholfen, die Kommunalpolitik maßgeblich zu beeinflussen.

Der Bürgermeister schilderte dann die Schwierigkeiten, mit denen Stadtrat Sigmund in der Nachkriegszeit als Stadtrat für das Ernährungswesen zu kämpfen hatte. Später als Stadtrat für Personalangelegenheiten hat immer wieder versucht, im Einvernehmen mit der Gewerkschaft die berechtigten Forderungen der Gemeindebediensteten zu verwirklichen. In der Zeit, als er Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten war, wurden zwei Gemeinderatswahlen, zwei Nationalratswahlen und zwei Bundespräsidentenwahlen abgehalten. Wie klaglos bei der Abwicklung dieser Wahlen sein Amt funktionierte, wird schon dadurch bewiesen, daß nie eine Kritik laut wurde. In seiner Amtszeit hat die Gemeinde 2.665 Hektar Grund käuflich erworben, was der Fläche mehrerer Wiener Gemeindebezirke entspricht. Rudolf Sigmund war insgesamt 13 Jahre und einen Monat Amtsführender Stadtrat dieses Ressorts.

Beide hatten redlich am Aufbau unserer Gemeindeverwaltung mitgewirkt und in ihren Ressorts den Geist der Menschlichkeit verankert. Dafür kann ich nur sagen: Dank! Dank! (Allgemeiner lebhafter Beifall!)

./.

Die neuen Stadträte

Für die Wahl zu neuen Stadträten werden von der SPÖ Gemeinderat Dkfm. Alfred Hintschig und Bezirksvorsteher Reinhold Suttner vorgeschlagen und mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gewählt. Die beiden neuen Stadträte leisten anschließend das Gelöbnis. Hierauf wird die Sitzung kurz unterbrochen. Der Wiener Stadtsenat nominiert inzwischen die neugewählten Stadträte, und zwar Dkfm. Alfred Hintschig als Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und Reinhold Suttner als Stadtrat für Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen.

Nach Wiederaufnahme der Gemeinderatssitzung werden die beiden Stadträte mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP zu Amtsführenden Stadträten gewählt.

Der Bürgermeister begrüßt die beiden Gewählten herzlichst in ihrer neuen Funktion und wünscht ihnen viel Erfolg in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit im Dienste der Stadt Wien (Beifall).

Stadtrat Dkfm. Hintschig hat mit Rücksicht auf den Vorschlag, ihn zum Stadtrat zu wählen, seine Stelle in den Gemeinderatsausschüssen II und VI zurückgelegt. Die SPÖ schlägt für den Gemeinderatsausschuß II Gemeinderat Ing. Hofmann, für den Ausschuß VI Gemeinderat Josef Deutsch vor.

GR. Deutsch hat im Hinblick auf diese Wahl sein Mandat als Mitglied des Ausschusses X zurückgelegt. Für die Besetzung dieser Stelle wird von der SPÖ GR. Franziska Fohler vorgeschlagen. Alle Vorgeschlagenen werden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gewählt.

GR. Glaserer, hat seine Stelle als Mitglied des Beirates der Sozialen Wohnbauförderung der Stadt Wien zurückgelegt. Der Wahlvorschlag der SPÖ lautet auf Amtsführenden Stadtrat Suttner. Die Wahl erfolgt mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP.

Im Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Wien ist durch den Tod des GR. Swoboda die Wahl eines Mitgliedes des Vorstandes notwendig geworden. Gemeinderat Margarete Tischler wird vorgeschlagen und mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gewählt.

Zu Mitgliedern des Verwaltungsausschusses der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien werden Bundesrat Otto Schweda und GR. Adalbert Busta wiedergewählt.

Ausstellung Pablo Picasso

GR. Ascherl (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Durchführung der Ausstellung Pablo Picasso. Er verweist darauf, daß die Stadt Wien seit 1958 unter dem Titel "Bahnbrecher der modernen Malerei" eine Reihe sehr interessanter Großausstellungen durchführt. Der Erfolg dieser Ausstellungen veranlaßt das Kulturamt zur Fortsetzung dieser Reihe. Zum erstenmal soll nun in Wien, zum erstenmal auch in Österreich, das Publikum mit dem Werk von Picasso konfrontiert werden. Picasso zählt wohl zu den imposantesten Künstlerpersönlichkeiten der Gegenwart, und die Stadt Wien wird mit dieser Ausstellung einen repräsentativen Überblick über alle wichtigen Perioden des Meisters geben. Es ist beabsichtigt, rund 80 Ölbilder und 200 Graphiken auszustellen. Es liegen bereits Zusagen für Leihgaben von zahlreichen Museen Europas als auch von Übersee vor, ebenso von privaten Sammlern.

Die Ausstellung wird in der Zeit vom 24. April bis 30. Juni im Österreichischen Museum für Angewandte Kunst in der Weiskirchnerstraße zu sehen sein. Der Eintrittspreis soll 15 Schilling betragen, Gruppen erhalten Ermäßigungen. Der Katalog, der in einer Auflage von 15.000 Stück herauskommen soll, wird 35 Schilling kosten. Man rechnet mit Kosten von rund 2,5 Millionen Schilling, wobei ein Teil davon durch die Eintrittsgebühren hereingebracht werden soll.

GR. Karoline Pluskal (SPÖ) erinnert daran, daß die Gemeinde Wien 1958 mit der Ausstellungsserie "~~Bahnbrecher der modernen Malerei~~" begonnen habe, die ein überaus starkes Echo fand und von mehr als einer halben Million Menschen besucht wurde.

Auch für die Picasso-Ausstellung sei das Interesse bereits jetzt sehr groß. Daß die Gemeinde Wien die Konfrontation mit der modernen Kunst fördere, sei zu begrüßen. Ihre Fraktion werde daher dem Antrag des Berichterstatters gerne zustimmen.

Der Berichterstatter verzichtete auf das Schlußwort.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zusätzliche Aufträge für die Wirtschaft

Als nächster Berichterstatter trat Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) ans Rednerpult. Er sagte, der Gemeinderat werde sich heute mit zusätzlichen Auftragsvergebungen an jene Industriesparten zu beschäftigen haben, bei denen eine Gefährdung der Arbeitsplätze gegeben erscheint.

Die Stadt Wien verfolge die wirtschaftliche Entwicklung aufmerksam. Als 1967 in der Bauwirtschaft Rezessionserscheinungen festzustellen waren, wurde im Rahmen der Wiener Wohnbauaktion der Bau zusätzlicher Wohnungen gefördert: Im Mai 1967 wurde der Auftrag für 3.612 Wohnungen gegeben, im September 1967 für 2.629 Wohnungen.

Da sich die Konjunkturverflachung nicht nur auf dem Bau- und dem Baunebensektor bemerkbar machte, wurden 1967 auch für andere Wirtschaftszweige Investitionsmittel in der Höhe von 300 Millionen Schilling vergeben. Davon gingen 80 Millionen an die Wasserwerke, 31 Millionen wurden für den Bau von Zentralheizungsanlagen, und 15 Millionen für die Elektroindustrie ausgegeben. Diese Mittel haben dazu beigetragen, die ungünstige Entwicklung zumindest abzuschwächen.

Da die wirtschaftlichen Schwächeerscheinungen anhielten, wurden im Budget für 1968 bereits von Haus aus höhere Beträge beispielsweise für das Baugewerbe veranschlagt. Während das Baugewerbe 1967 3 Milliarden 407 Millionen bekommen hatte, sind für 1968 um 617 Millionen mehr veranschlagt.

Im Februar 1968 waren auf den städtischen Baustellen um 1.400 Arbeiter mehr beschäftigt. Während es im Jänner 1967 16.200 Arbeitslose gegeben habe, waren es heuer im Jänner 17.700, das ist eine Steigerung von neun Prozent in Wien. In den Bundesländern wurde dagegen eine Steigerung von 20 Prozent verzeichnet.

Im Jänner 1967 gab es noch 17.700 Vorgemerkte bei 8.800 offenen Stellen. Heute hat sich das Verhältnis fast verkehrt: Auf eine offene Stelle kommen zwei Arbeitslose. Dies ist allerdings noch immer besser als in den Bundesländern, wo auf eine offene Stelle acht Arbeitslose kommen! "Wir haben die Hoffnung, daß mit der besseren Jahreszeit auch eine bessere Arbeitslage Platz greift, trotzdem muß man mit Maßnahmen vorbauen".

Das größte Sorgenkind ist die Metall- und Elektroindustrie. Hier gab es im Jänner 1967 1.464 Arbeitslose, im Jänner 1968 2.199. Eine Steigerung um fast 50 Prozent!

Selbstverständlich ist auch die Ertragslage zurückgegangen, und es wird vielleicht gar nicht möglich sein, alle Voranschläge einzuhalten. Eine Zahl aus dem Bereich der Gewerbesteuer untermauert die Hiobsbotschaft: Im Jänner 1967 betrug das Gewerbesteuer-aufkommen 32,8 Millionen, im heurigen Jahr waren es im gleichen Zeitraum 23,2 Millionen. Ein Rückgang um ein Drittel! "Trotzdem machen wir heute den Vorschlag, zusätzliche Aufträge zu vergeben, wenn auch vielleicht der Rechnungsabschluß 1968 einen größeren Abgang aufweisen wird."

Man ist zur Zeit bemüht, zum Beispiel Bauaufträge rasch hinauszugeben. Auch im Hinblick auf die Wohnbauförderungen sind Impulse davon zu erwarten, daß am 8. März der Beschluß gefaßt wurde, weitere 3.000 Wohnungen zu fördern. Trotzdem bleibt eines der Hauptprobleme die Beschäftigtenlage in den Metall-, Elektro-, Schwachstrom- und Holzindustrien. Hier kann die Gemeinde vielleicht entscheidend helfen. Nicht hingegen oder fast nicht kann sie es auf dem Sektor der Leder- und Textilindustrie.

"Wir haben genaue Überlegungen zusammen mit den einschlägigen Arbeitnehmergremien angestellt, was die Auftragserteilung betrifft. Wir müssen gezielt vergeben, weil sonst die Aufträge in andere Bundesländer oder vielleicht gar ins Ausland abwandern."

All das führt zum heutigen Antrag an den Gemeinderat, in dem es um rund 88 Millionen Schilling geht. 88 Millionen, die zum Teil für vorzeitige Aufträge bestimmt sind, mit denen man aber auf jeden Fall viele hunderte Arbeitsplätze sichern kann. In einer Situation, in der das Landesarbeitsamt von "noch sechs- bis sieben-tausend gefährdeten Arbeitsplätzen in Wien" spricht, kommt diesem Antrag besondere Bedeutung zu. Hand in Hand damit geht die Aufgabe, durch Neuansiedlungen von Industrien auf Wiener Boden, insbesondere auf dem linken Donauufer, wo sich zur Zeit die meisten gefährdeten Arbeitsplätze befinden, Entscheidendes für die Zukunft zu tun.

"Dieser Antrag ist nicht das Werk der Verwaltung allein, sondern das einer guten Zusammenarbeit aller in diesem Hause, schloß Slavik. Ich bitte, den Überlegungen zu folgen, die darin enthalten sind, und die unserer Wirtschaft einen neuen Auftrieb verleihen. (Allgemeiner Beifall.)

Gemeinderat Karger (KLS) begrüßt die Vorlage, weil damit in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Entwicklung nach wie vor zu Besorgnis Anlaß gibt, das Auftragsvolumen der Gemeinde an verschiedene Betriebe erhöht wird. Allerdings tragen diese Aufträge zuwenig dazu bei, die Arbeitsplätze in den von der ÖVP-Gesundenschumpfungspolitik betroffenen verstaatlichten Betriebe in Floridsdorf und Stadlau zu sichern. Wir betrachten die Vorlage als einen weiteren positiven Schritt der Einflußnahme der Stadtverwaltung auf die bedrohliche wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt; allerdings müßten weitere Schritte folgen, weil die Situation in den traditionsreichen Industriebetrieben von Floridsdorf und Stadlau auch weiterhin äußerst kritisch sein wird. Auch die Arbeiter und Angestellten der Lofag - die auf Hungeretat gesetzt wurden, um sie abschlußreif zu machen - kämpfen um ihren Betrieb. Ihnen ist Arbeitsplatz nicht gleich Arbeitsplatz, sie haben viel zu verlieren, vor allem auch ihre durch jahre- und oft jahrzehntelange Arbeit erworbenen Rechte. Die Gemeinde müßte ihr ganzes politisches Gewicht einsetzen, um bei der Bundesregierung zu erzwingen, daß entsprechende Mittel aus dem Eventualbudget freigemacht werden. Außerdem müßten möglichst rasch Forschungsaufträge für den U-Bahn-Bau vergeben werden. Schließlich fordert der Redner, die Chance zu nützen und Wien durch Ausbau der Hafenanlage zu einem bedeutenden Binnenhafen zu machen.

Gemeinderat Sagmeister (SPÖ) erklärt, der Antrag auf ein zusätzliches Investitionsprogramm wird mithelfen, der Wiener Wirtschaft neue Impulse zu verleihen. Die Stadt Wien versucht damit, jene Maßnahmen zu setzen, die durch das offenkundige Versagen der Bundesregierung notwendig geworden sind. Es wäre wünschenswert, wenn auch der Bund für eine entsprechende Konjunkturbelebung sorgen würde. In Wien trägt jetzt die vielgeschmähte Rathausmilliarde und die umsichtige Finanzpolitik ihre Früchte. Hätte der Bund eine ebensolche Wirtschaftspolitik betrieben, hätten wir jetzt eine bessere Situation. Es wäre höchste Zeit, in der österreichischen Wirtschaft eine Koordinierung einzuleiten und Mittel für arbeitsschaffende Projekte einzusetzen.

Der Redner kritisiert die Subventionspolitik der Bundesregierung, insbesondere auf dem Sektor der Landwirtschaft und

stellt fest, daß zuviel subventioniert wird. Die Hauptaufgabe der öffentlichen Körperschaften ist es, die Industrie zu fördern, um exportieren zu können und dadurch eine Erholung der Wirtschaft zu ermöglichen.

Unter Hinweis auf die angekündigten Steuererhöhungen des Bundes erklärt der Redner: Man spricht von einer Politik für alle Österreicher - da werden sich aber die Österreicher freuen, wenn für alle Österreicher die Steuern erhöht werden!

Als nächster Debattenredner erklärte GR. Kowarsch (ÖVP), daß seine Fraktion dem Antrag des Finanzreferenten gerne zustimmen werde. Für Wien bedeuten diese 88,288.000 Schilling nur 0,5 Prozent des Gesamtbudgets. Wien wende daher nicht den gleichen Betrag für diesen "Investitionsstoß" auf wie der Bund, der insgesamt 2,8 Prozent freigegeben habe. Allerdings hätte diese Injektion für die Wirtschaft in Wien schon früher erfolgen sollen, nämlich vor der toten Saison.

Der Redner kam dann auf jene Mittel zu sprechen, die aus dem Eventualbudget des Bundes Wien zu Gute kommen. Er nannte folgende Zahlen: 80,7 Millionen Aufträge des Verteidigungsministeriums, 29,8 Millionen Aufträge auf den Unterrichtssektor, 40 Millionen Aufträge des Verkehrsministeriums, 55 Millionen für Bauten, 4,15 Millionen für die Landwirtschaft und 5 Millionen für Aufwendung des Innenministeriums. Die Bundesbahnen werden für 35 Millionen Aufträge an Wiener Firmen erteilen.

GR. Kowarsch wandte sich dann gegen Versuche, die ungünstige wirtschaftliche Situation dazu zu benützen, um eine Krisenstimmung zu erzeugen. Auch andere Länder hätten Rückgänge zu verzeichnen - darunter auch England, wo eine sozialistische Regierung am Ruder sei. Es sei längst allgemeinbekannt, daß die Wirtschaft eines kleinen Landes von vielen Umständen abhängig ist, also auch von der Wirtschaftslage anderer Länder. Trotzdem geht es uns in Österreich noch wesentlich besser als manchen unserer Nachbarländer, und das sollten wir nicht vergessen. Die Arbeitslosigkeit war zwar etwas höher als in den vergangenen Jahren, trotzdem schneiden wir im Verhältnis zu anderen Ländern günstig ab.

Es sei verständlich, daß die Opposition auf der Bundesebene Schwierigkeiten mache, doch dürften auch hier gewisse Grenzen nicht überschritten werden. Der Redner kommt auf die wirtschaftliche Entwicklung der Ersten Republik zu sprechen und wie wenig die seinerzeitigen politischen Auseinandersetzungen dem Wohle der Bevölkerung und des Landes gedient haben. Es sei zu hoffen, daß die Menschheit aus der bitteren Erfahrung der Vergangenheit die entsprechenden Lehren gezogen hat, denn im Falle eines neuerlichen Versagens wird es keinen Sieger, sondern nur mehr Besiegte geben. Aus diesem Grunde sollte man versuchen, diese so schwerwiegend Fragen miteinander zu lösen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stellt fest, daß seine Fraktion dem vorliegenden Antrag zustimmen werde, der gewährleistet, daß der Wiener Wirtschaft Injektionen verabreicht werden, die den von der Wirtschaftsflaute besonders betroffenen Industriezweigen helfen sollen.

Nicht vergleichen könne man in diesem Zusammenhang Bundes- und Gemeindebudget. Beim Bund ein Budget mit einem Defizit von rund sieben Milliarden und einem zu erwartenden von 16 bis 19 Milliarden und bei der Gemeinde ein ausgeglichener Voranschlag. Es sei nicht so, daß die Opposition oder gewisse Kreise in Österreich eine Krisenstimmung heraufbeschworen haben. Diese Krisenstimmung war schon da, ehe die Opposition dazu überhaupt Stellung genommen hat. Niemand zweifle an der Lebensfähigkeit Österreichs, das sei vielleicht der Unterschied zur Ersten Republik. Aber man wird doch hier noch die Maßnahmen einer Regierung kritisch beleuchten dürfen, ohne in den Verruf zu kommen, die Existenzfähigkeit eines Staates zu bezweifeln. Tatsache sei es, daß wir uns derzeit in der schwersten Krise seit 1955 befinden. Diese Flaute wurde hervorgerufen durch den allgemeinen Konjunkturrückgang, der sicherlich nicht Österreich allein getroffen hat, und zweifellos auch durch das Versagen der Bundesregierung. Es sei nicht zu erkennen, nach welchen Grundsätzen die Finanzpolitik der Regierung geführt werde. Darüber hinaus wirken sich jedoch auch noch verfehlte Maßnahmen der seinerzeitigen Koalitionsregierung sehr nachhaltig aus. Warum hat die Koalitionsregierung seinerzeit keine Reserven angelegt, warum hat man in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs nicht gespart? Damals wurde im Zeichen des Proporz ein überdimensionierter Verwaltungsapparat aufgebaut und damals wurde der Keim gelegt, für die heutige schlechte wirtschaftliche Lage.

Die Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Wirtschaftskrise seien erschütternd, sagte der Redner weiter. Der gleiche Finanzminister Koren, der vor ganz kurzer Zeit noch ein Stillhalte-Abkommen zwischen den Sozialpartnern vorgeschlagen habe, setze wenige Tage später die Steuern hinauf.

Zu dem Antrag sei zu sagen, daß einzelne Aufträge begrüßenswert sind. Die Gemeindeverwaltung solle aber auch nachforschen ob es nicht überflüssige Ausgaben gebe, die man streichen könne. Dazu rechnete Dr. Schmidt in erster Linie den geplanten Ausstellungspavillon, von dem er meinte, in einer so schweren Zeit solle man sich solche Späße ersparen.

Als nächster Redner gelangte GR. Jodlbauer (SPÖ) zum Wort, der die klare Politik der Stadtverwaltung für die Wiener Bürger würdigte. Die Wirtschaft müsse demokratisiert werden, weil sie der Allgemeinheit zu dienen habe. Besonders zu würdigen seien die Bestrebungen der Stadtverwaltung, neue Industrie Gründungen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zu fördern.

Die Bundesregierung hätte schon vor zwei Jahren von der internationalen Entwicklung der Wirtschaft wissen müssen. Ihre Politik sei ein Zeichen dafür, sei der Beweis dafür, daß sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt habe.

Die Wiener Wirtschaft, sagte Jodlbauer, habe allen Anlaß, der Stadtverwaltung dafür zu danken, daß diese immer wieder Maßnahmen zur Stärkung der Betriebe getroffen und in der Konjunktur schon für schlechtere Zeiten vorgesorgt habe.

In seinem Schlußwort nahm Vizebürgermeister Slavik zu verschiedenen Problemen der österreichischen Wirtschaft Stellung. Es sei falsch, daß man in Österreich von Schlagworten lebe. Man suche in aller Welt nach Schuldigen an der verschlechterten wirtschaftlichen Situation, sehe aber nicht, welche Fehler im eigenen Land gemacht werden.

Er sei auch Gegner des oft gehörten Schlagwortes "Gesund-schrumpfen" und habe sich immer als Anhänger einer expansiven Wirtschaftspolitik bekannt.

Im Wiener Gemeinderat hätte es früher Stimmen gegeben, man solle die Rücklagen zu anderen Zwecken verwenden. Heute erweisen sich diese Rücklagen als sehr vorteilhaft.

Hinsichtlich der Beteiligung des Bundes an den großen Bauvorhaben in Wien stellte der Finanzreferent fest, daß diese Forderung durchaus zu Recht bestehe. Der Bund könne aus diesen Vorhaben nicht nur profitieren, er müsse auch dazu beitragen. Der Ausbau des Wiener Hafens komme beispielsweise nicht nur Wien, sondern auch Niederösterreich und ganz Österreich zu Gute. Der Hafenausbau müsse auch im Zusammenhang mit dem Bau des Donau-Oder-Kanals gesehen werden.

Der Versuch, die Investitionen des Bundes mit den Investitionen von Wien zu vergleichen, ergebe ein falsches Bild. Vorläufig steht noch nicht fest, ob nicht weitere Mittel im Laufe des Jahres gebraucht werden. Ein Vergleich wäre daher erst am Ende des Jahres angebracht.

Im Hinblick auf den Abgang im Bundesbudget bemerkte Vizebürgermeister Slavik, er habe nicht die Tatsache des Abganges kritisiert. Seine Kritik habe sich jedoch gegen die Entstehung des Abganges gerichtet, der aus einem Verzicht auf Einnahmen resultiert. Der Betrag von sechs Milliarden sei durch zwei Komplexe - das Steuergesetz und die Wachstumsgesetze - ausgefallen.

Auf den Vorwurf eingehend, im Wiener Gemeinderat werde eine Krisenstimmung erzeugt, gab der Finanzreferent zu bedenken, daß man kaum behaupten könne, das Fernsehen stehe im Dienste der Sozialistischen Partei. Auch von einer Vormachtstellung der sozialistischen Presse könne nicht die Rede sein. Wenn also eine Krisenstimmung festzustellen sei, dann müsse sie wohl aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation entstanden sein. Durch die Tatsache, daß in Wien 5.000 bis 6.000 Arbeitsplätze gefährdet sind, werden nicht 5.000 bis 6.000 Menschen beunruhigt, sondern wesentlich mehr, weil ja niemand wisse, ob nicht auch er zu den Betroffenen gehören wird.

Niemand ist der Ansicht, daß Österreich vor dem Zusammenbruch steht. Wirtschaftlich kann ein Staat nicht zusammenbrechen. Die Frage ist nur: Geschieht in Österreich alles, um einer Krisenentwicklung unserer Wirtschaft zuvorzukommen, ihr entgegenzuwirken oder sie zu verhindern? Jedenfalls haben nach einem OECD-Bericht in den letzten vier Jahren von 21 Staaten nur zwei eine schlechtere Entwicklung der Konsumkraftsteigerung

gehabt als Österreich. Wenn wir da weiter sagen, wir vollbringen ein Wirtschaftswunder, dann sind wir auf dem falschen Weg. Wir können doch nicht zufrieden sein, wenn es bei uns nur langsam vorwärts geht und wir zuschauen, wie uns andere Länder überholen. Es ist nicht Aufgabe der Opposition, der Regierung Schwierigkeiten zu machen, sondern es ist ihre Aufgabe, Vorschläge zu erstatten. Aber wann sind diese Vorschläge akzeptiert worden? Hat es etwas genützt, als wir bei den Wachstumsgesetzen gesagt haben, sie sind wachstumsfeindlich? Sie sind trotzdem beschlossen worden.

Ich bin leidenschaftlich für die Zusammenarbeit, aber wenn man diese grundsätzlich ablehnt, wie es der Generalsekretär der ÖVP tat - was hat es dann für einen Sinn, diese Zusammenarbeit zu wünschen? Jedenfalls soll man nicht von einer Gefälligkeitsdemokratie in der Koalitionszeit sprechen, denn damals sind echte, große Leistungen aus der Kraft unseres Volkes erbracht worden. (Beifall bei der SPÖ.)

In diesem Jahr werden wir nicht ausgeglichen abschließen können, wir werden einen Teil unserer Rücklage dazu verwenden, unserer Wirtschaft zu helfen, damit die Arbeitsplätze gesichert werden, damit unsere Betriebe erhalten werden können. Mit der Annahme dieses Antrages wird unserer österreichischen Wirtschaft und unseren Wiener Arbeitnehmern ein großer Dienst erwiesen. (Allgemeiner Beifall.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

(Unterbrechung des Fortsetzungsberichtes.)

- - -

Morgen Eröffnung der Hamburg-Ausstellung
=====

29. März (RK) Heute vormittag fand in der Volkshalle des Wiener Rathauses anlässlich der Hamburg - Ausstellung eine Pressekonferenz statt. Die Ausstellung wird morgen, Samstag, eröffnet.

Der Direktor der staatlichen Pressestelle der freien und Hansestadt Hamburg, Paul O. Vogel, erklärte, daß dies eine Gegenausstellung für die im Rahmen der Österreichwoche in Hamburg im Jahre 1966 organisierte Wien-Ausstellung ist. Schon bei dieser Ausstellung hat sich gezeigt, wie gut die Beziehungen zwischen Wien und Hamburg sind. Die Hamburg-Ausstellung soll der Wiener Bevölkerung zeigen, wie diese Stadt, die im letzten Weltkrieg außerordentliche Zerstörungen hinnehmen mußte, sukzessive zu einer modernen Großstadt wieder aufgebaut wurde. Die Aufbauarbeiten selbst gingen Hand in Hand mit der Verwirklichung eines gesellschaftspolitischen Konzeptes. Direktor Vogel sprach zum Schluß seiner Ausführungen die Überzeugung aus, daß mit dieser Ausstellung das ohnehin schon gute Verhältnis zwischen Wien und Hamburg noch weiter vertieft werden wird.

Im Anschluß an die Pressekonferenz führte der Leiter des Referates für Öffentlichkeitsarbeit der Baubehörde von Hamburg Willi Ziemer die Teilnehmer der Pressekonferenz durch die Ausstellung.

- - -

Im Ausstellungssaal der Arbeiterkammer:Kinderzeichnungen aus dem KZ Theresienstadt
=====

29. März (RK) Im Ausstellungssaal der Wiener Arbeiterkammer eröffnete heute vormittag Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer die vom Landesjugendreferat Wien veranstaltete Ausstellung "Kinderzeichnungen aus dem KZ Theresienstadt".

Namens der Wiener Arbeiterkammer begrüßte Abg. Skritik die zur Eröffnung erschienenen Besucher. Der Direktor des staatlichen jüdischen Museums in Prag, Dr. Wilhelm Benda, las statt einer besonderen Erklärung der Ausstellung einen Artikel des tschechischen Schriftstellers Jiri Weill über Theresienstadt.

131 Zeichnungen und eine Reihe von Gedichten sind das einzige Vermächtnis von fast 15.000 jüdischen Kindern, die in Theresienstadt gefangengehalten und später getötet wurden. Nur rund hundert dieser Kinder sind lebend von dort zurückgekehrt. Es sind, wie es der Schriftsteller Weill formulierte, "Zeichnungen von Kindern, die auf ihren Tod warteten. Ihre Asche liegt in den Feldern von Auschwitz". Die Bilder, die unter Anleitung einer Lehrerin im Geheimen hergestellt worden waren, wurden von Widerstandskämpfern versteckt und eingemauert. Dr. Benda schilderte mit den Worten Weills die Festung Theresienstadt, rund 60 Kilometer nördlich von Prag durch Kaiser Joseph II. erbaut und zu Ehren seiner Mutter so benannt. Die Kasernen wurden in ein Konzentrationslager umgewandelt, wo im Laufe der Jahre bis 1944 rund 15.000 Kinder gefangengehalten wurden.

Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer sagte in seiner Eröffnungsrede, der Mord an den jüdischen Kindern sei die größte Ungeheuerlichkeit der Geschichte seit dem Kindermord des Königs Herodes. Die einstigen Mitglieder der NSDAP sollten sich heute nicht darauf ausreden, sie hätten nichts gewußt. Diese Partei sei eine Pyramide gewesen: Unten alle die, die zustimmten, oben eine Spitze von Verbrechern.

Die Bilder und Gedichte hinterließen auf die ersten Besucher der Ausstellung tiefen, schmerzlichen Eindruck. Unter anderem kann man auch Eintragungen aus dem Tagebuch des

14jährigen Peter Fischl lesen, der im Oktober 1944 in Auschwitz getötet wurde. In den Aufzeichnungen heißt es: "Wir haben uns daran gewöhnt, ohne Betten zu schlafen, jede Uniform zu grüßen, wir gewöhnten uns an grundlose Ohrfeigen, Mißhandlungen und Hinrichtungen, wir haben uns daran gewöhnt, Menschen im eigenen Kot dahinsterben zu sehen, oder an Särgen, voll mit Menschenleichen, vorbeizukommen..."

Die Ausstellung, in der zur Kontrastwirkung auch Kinderzeichnungen aus unserer Zeit zu sehen sind, und in der auch der sowjetische Film "Der gewöhnliche Faschismus" gezeigt wird, ist bis zum 20. April bei freiem Eintritt geöffnet, und zwar von Montag bis Freitag von 14 bis 19 Uhr, Samstag von 9 bis 19 Uhr und Sonntag von 9 bis 12 Uhr.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

29. März (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Häuptelsalat 3.50 bis 4 S je Stück, Karotten 3 bis 8 S, Weißkraut 3 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Apfel: Wirtschaftsware 2 bis 5 S, Tafelware 8 S, Bananen 8 S, Orangen 6.50 S je Kilogramm.

- - -

Empfang für belgische Konservatoristen

=====

29. März (RK) In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte heute Stadträtin Maria Jacobi im Rathauskeller Professoren und Studenten des Konservatoriums der Stadt Gent. Die belgischen Gäste erwiderten einen Besuch, den Mitglieder des Wiener Konservatoriums im Oktober vergangenen Jahres der Stadt Gent abgestattet hatten. Wie diese gaben auch die Belgier ein Konzert im Festsaal des Konservatoriums der Stadt Wien. Zum Empfang der Genter Besucher waren auch seine Exzellenz Botschafter Puttevills mit Gattin und der Kulturattaché Adeline Simoens gekommen.

Stadträtin Jacobi dankte den jungen Musikern und ihren Lehrern, daß sie sich der Mühe eines Gegenbesuches in Wien unterzogen hätten. Dank den Bestrebungen des Direktors des Wiener Konservatoriums gibt es seit Jahren die Besuche auf Gegenseitigkeit.

Wir leben in einer Zeit des Friedens, sagte Stadträtin Jacobi, was nicht hindert, daß man in einzelnen Teilen der Welt auf Kriegszeichen stößt. Da Musik bekanntlich keine Grenzen kennt und wesentlich besser als das Wort den Weg zum Herzen findet, heiße ich Sie als Diplomaten des Friedens in Wien herzlich willkommen.

Seine Exzellenz Botschafter Puttevills dankte namens seiner belgischen Landsleute für die Möglichkeit, Wien und seine Schönheiten kennenlernen zu dürfen.

Zum Andenken an den dreitägigen Aufenthalt in der österreichischen Hauptstadt überreichte Stadträtin Jacobi den Gästen aus Belgien das Buch "Blick auf Wien".

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Hafenausbau

Hierauf referiert Stadtrat Heller über den Antrag, die Ausführung des 5. Bauabschnittes der Kaianlage im Hafen Freudenau mit einer Gesamtkostensumme von 31,9 Millionen Schilling zu genehmigen. Als erste Baurate ist für 1968 ein Betrag von fünf Millionen Schilling vorgesehen.

GR. Haag (ÖVP) schildert, was im Wiener Hafen bis jetzt geleistet wurde. Er zeigt auf, in welchem Zustand die drei Häfen Albern, Freudenau und Lobau 1945 übernommen wurden und daß 1953 die ersten Gespräche im Rathaus stattfanden, um die Hafenanlagen großzügiger auszubauen. 1963 ist es gelungen, als Partner für die Hafenbetriebsgesellschaft die Wiener Handelskammer zu gewinnen. Das Zusammenwirken von Gemeinde und Handelskammer hat sich bestens bewährt.

Seit 1965 ist der Güterumschlag um 97 Prozent gestiegen. Das Kühlhaus ist bereits in Betrieb, die Oltankreinigungsanlage soll heuer noch in Betrieb genommen werden. Wesentlich verbessert hat sich der Hafenumschlag per Schiff und per Bahn.

Bei allen Bauvorhaben wurde Rücksicht auf den Hochwasserschutz, den eventuellen Bau des Kraftwerkes Wien und des Grenzkraftwerkes bei Theben sowie auf alle städtebaulichen Maßnahmen genommen. Noch nicht Rechnung getragen hat man den seinerzeitigen Erkenntnissen des städtebaulichen Grundkonzeptes, nach dem der Kohlenhafen auf einem anderen Gelände untergebracht werden müßte, weil dieses Gelände städtebaulich besser genützt werden konnte.

Seit 1945 hat die Stadt Wien auf diesem Gebiet 156 Millionen Schilling verbaut - nach heutigen Verhältnissen wäre der Betrag bedeutend höher - und die Gesellschaft selbst 160 Millionen in den Jahren 1965-1967. Im Hinblick auf den Rhein-Main-Donaukanal, der voraussichtlich 1981 befahrbar sein wird, müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um den Wiener Hafen, den östlichsten Punkt der westlichen Welt an der Donau, attraktiv zu machen. Vielleicht haben wir - wie seinerzeit beim Staatsvertrag - auch bei unseren EWG-Verhandlungen das Glück, daß sie einmal ganz plötzlich zu einem günstigen Abschluß kommen. Wien käme dann noch größere Bedeutung als Umschlagplatz zwischen Ost und West zu. Wir müssen alle Vorkehrungen treffen, damit Wien der Umschlag-

platz nicht nur für den künftigen Rhein-Main-Donaukanal, sondern auch für den Donau-Oder-Kanal wird. Dazu wird es notwendig sein, einen Stichkanal von der March nach Wien anzulegen. Wir sind gezwungen, unsere Chancen zu suchen, wo sie sich anbieten. Unser Handel mit der EFTA ist ebenso wie der Osthandel steigend. Alle Verantwortlichen haben die Verpflichtung, diese Chance zu nützen im Interesse unserer Wirtschaft und der Sicherung des Arbeitsplatzes.

GR. Bednar (SPÖ) stellt fest, daß vor allem seit 1962/63 große Leistungen für den Wiener Hafen vollbracht wurden. Man kam darauf, daß alle Städte, die an einer Wasserstraße liegen, wirtschaftlich günstiger gestellt sind, als sogenannte "Trockenstädte". Viele Städte unserer Nachbarländer sind derzeit dabei, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Wasserstraßen und der an ihnen liegenden Städte zu nützen. Ursprünglich war der Hafen Freudenau eine Art Schutz- und Winterhafen. Wir wissen aus der Statistik, daß der Winterhafen rund 400 Schiffe aufnehmen kann. Wir haben nun die Verpflichtung, diesen Hafen so attraktiv zu gestalten, daß bei Fertigstellung des Rhein-Main-Donaukanals und in späterer Folge des Donau-Oder-Kanals bereits ein fertiger Wiener Hafen vorgefunden wird.

Im Laufe seiner weiteren Ausführungen stellte GR. Bednar fest, daß die Begradigung der Kaianlage im Hafen Freudenau eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Auch die Errichtung des Kohlenhofes im Gelände in Albern sei sehr wichtig. In diesem Zusammenhang drückte der Redner die Hoffnung aus, daß mit diesem Ausbau dem Wiener Kohलगroßhandel eine wesentlich verbesserte Situation geschaffen wird. Denn nach wie vor habe die Kohle in Wien eine große Bedeutung.

Der Umschlag im Hafen Wien ist ständig im Steigen begriffen und betrug 3,126.000 Tonnen im Jahr 1967. Mit dieser Zahl sei jedoch die Kapazität vergleichbarer Binnenhafenanlagen noch lange nicht erreicht. Der Redner wandte sich dann der Bedeutung des Rhein-Main-Donaukanals und des Donau-Oder-Kanals für die Wiener Wirtschaft zu. Wenn es gelingen sollte, einen günstigen Anschluß an den Donau-Oder-Kanal zu erwirken, würde auch die Bereitwilligkeit der Industrie steigen, sich im Wiener Bereich zu etablieren.

Gerade in der heutigen Zeit sei der Wasserweg für Industrie und Wirtschaft von großer Bedeutung.

Darüber hinaus stellt aber der Hafen Wien auch eine gewisse Bedeutung für die Beschäftigten dieser Stadt dar. Die Zahl jener, die mittelbar und unmittelbar mit dem Wiener Hafen zu tun haben, beträgt 500.

Berichterstatter Stadtrat Heller nahm zur Frage der Absiedlung des Kohlenumschlagplatzes Nordbahnhof Stellung und erklärte, daß trotz langjähriger Bemühungen seitens der Stadt Wien bis heute vom Bundesministerium für Verkehr keine Regelung dieses Problems zu erreichen war. In diesem Zusammenhang erklärte der Stadtrat, eine vor vielen Jahren gemachte Untersuchung des Instituts für Raumplanung hat ergeben, daß eine Absiedlung nicht nur städtebaulich sondern auch wirtschaftlich vertretbar sei. Zur Frage Donau-Oder-Kanal teilte der Stadtrat mit, daß die Bedeutung dieses Projekts für Wien schon im Wiener Memorandum ausführlich dargelegt wurde. Als erste Folge seiner langjährigen Bemühungen könne er dem Gemeinderat mitteilen, daß seit einigen Wochen auch Experten der Wiener Stadtverwaltung den Beratungen zugezogen werden.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Neue Bäderpreise

Als nächster Tagesordnungspunkt gelangte die Neuregelung der Bäderpreise zur Behandlung. Stadtrat Pfoch (SPÖ) begründete ausführlich, warum diese Erhöhungen notwendig geworden sind. Schon im Jahr 1964 war der Abgang etwas über 24 Millionen Schilling (nur bei reinen Betriebsausgaben) 1968 wurde der Abgang bereits auf 51 Millionen Schilling geschätzt. Um diesen steigenden Abgang Einhalt zu gebieten, sei die Erhöhung der Bäderpreise in Erwägung gezogen worden. Gerade bei den Bädern sind in den letzten Jahren große Leistungen vollbracht worden; allein im abgelaufenen Jahr wurden für Neubauten 141 Millionen Schilling ausgegeben. Bisher erhielt jeder Bäderbesucher durch die städtische Subventionierung bei einem Badebesuch eine Unterstützung von 6 Schilling. Nach der heute zu beschließenden 33 prozentigen Erhöhung würde diese Unterstützung 4 Schilling betragen.

Als erster Diskussionsredner sprach GR. Karger (KLS), der sich schärfstens gegen die geplanten Tarifierhöhungen aussprach. Diese Erhöhungen träfen, sagte der Redner, in erster Linie die sozial Schwachen, denen die Stadtverwaltung tief in die Tasche greife, um sich zehn Millionen Schilling an Mehreinnahmen zu holen. Die Begründung, daß manche Preise seit zehn Jahren gleichgeblieben sind, sei nicht stichhaltig.

Deshalb könne man nicht leugnen, daß nicht nur die Politik der Bundesregierung, sondern auch die der Rathauskoalition den Schilling kleiner mache. Der Redner empfahl auch, den Pächtern der Geschäftslokale im Gänsehäufel nahezu legen, normale Preise zu verlangen und nicht den Badegästen durch überhöhte Forderungen das Geld aus der Tasche zu ziehen.

Als nächster Redner kritisierte GR. Peter (FPÖ) ganz im Sinne seines Vorredners, daß im Gemeinderat mit einer SPÖ-Mehrheit dieselbe Methode der Belastungen praktiziert werde, wie im Parlament von der ÖVP-Alleinregierung. Peter bemängelte besonders die geplante Erhöhung für den Schwimmunterricht von Kindern und äußerte seine Bestürzung darüber, daß die nun von der Gemeinde Wien geplanten Erhöhungen zeitlich mit einer untragbaren Steigerung der Lebenshaltungskosten auf fast allen Gebieten zusammenfielen.

Der nächste Debattenredner, GR. Dr. Ebert (ÖVP), unterstrich die große Bedeutung der Bäder für den Fremdenverkehr. Anhand einer Liste sämtlicher Freibäder in Österreich stellte er fest, daß Wien mit nur 18 Bädern an letzter Stelle rangiere. An der Spitze dieser Liste stehen Niederösterreich mit 156 und Oberösterreich mit 132 Freibädern.

Hinsichtlich der Kinderfreibäder stehe Wien jedoch an der Spitze.

Abschließend forderte GR. Dr. Ebert die Erstellung eines Bäderkonzeptes; besondere Aufmerksamkeit sollte der Errichtung von Freibädern im Westen Wiens geschenkt werden, wo durch die Schließung zahlreicher privater Bäder ein spürbarer Mangel herrsche.

In seinem Schlußwort erklärte Stadtrat Pfösch, daß der "Bädergedanke" von Wien aus in die Bundesländer hinausgegangen sei. Für das urgierte Bäderkonzept sei bereits der Finanzplan erstellt, gegenwärtig erarbeite die Stadtplanungskommission die Standorte der neuen Bäder. Der Bau des Dianabades, das 275 Millionen Schilling kosten werde, schreite zügig voran.

Der von Stadtrat Pfoch gestellte Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Nach der Abstimmung trat Stadtrat Pfoch erneut ans Rednerpult und referierte über den Bau der ersten Ausbaustufe der mechanisch-teilbiologischen Hauptkläranlage im 11. Bezirk, Kaiser-Ebersdorf. Die Anlage wird am rechten Donauufer auf einer Fläche von 33 Hektar gebaut werden. Die Ausarbeitung des ausschreibungsreifen Detailprojektes erfordert Kosten in der Höhe von mehr als 5,4 Millionen Schilling, die Baurate 1968 beträgt 2,920.000 Schilling.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strunz (ÖVP) stellt fest: Mit dem Bau der ersten Ausbaustufe der mechanisch-teilbiologischen Hauptkläranlage im 11. Bezirk wird außer der bereits in Bau befindlichen Kläranlage Inzersdorf-Blumental der größte Beitrag zur Gewässerreinigung auf Wiener Boden gegeben sein. Durch die fortschreitenden zivilisatorischen Maßnahmen im Bauwesen unserer Stadt steigt der Wasserverbrauch ständig, und naturgemäß fallen wesentlich größere Abwassermengen an. Die ÖVP hat daher die Errichtung der Hauptkläranlage stets verlangt. Eine besondere Notwendigkeit ist diese Kläranlage insbesondere deshalb geworden, weil sich die Wassergüte der Donau im Laufe der letzten Jahre verschlechtert hat.

Der Redner kommt auch auf das Problem der anfallenden Mineralöle und Mineralölprodukte und des Klärschlammes zu sprechen und vertritt nachhaltig als zwar aufwendigste aber beste Methode die Verbrennung dieser Produkte.

GR. Hans Mayr (SPÖ) hebt hervor, dieses Projekt zeigt, daß die Stadt Wien den ernstesten Willen hat, zur Reinhaltung ihrer Gewässer im besten Maße beizutragen. Nach der Rechtslage hat der Verbraucher die Verpflichtung, das Wasser in einem Zustand wieder in ein natürliches Gerinne einzuleiten, daß eine wesentliche Verschlechterung des natürlichen Gerinnes nicht eintritt.

Wir werden uns jedenfalls der Verpflichtung bewußt sein, die Wassergüte der Donau zu verbessern. Dabei ist es kein unbilliges Verlangen, wenn wir darauf hinweisen, daß Wien das gleiche Recht auf Mittel aus dem Wasserwirtschaftsfonds hat wie andere Bundesländer. Wir hoffen, daß Wien bei diesem Projekt nicht wie bisher ein Stiefkind sein wird, sondern jenen Anteil bekommt, den ein anderes Bundesland bei einem derartigen Projekt bekäme. Aber auch wenn wir den Anteil des Bundes bekommen, bedeuten die Wasserzuleitung und die Abwässerbeseitigung eine sehr erhebliche finanzielle Belastung der Stadt Wien. Trotzdem sagen wir ja zu diesem Projekt, um die Wassergüte in und um Wien zu erhalten. (Beifall bei ÖVP und SPÖ)

Stadtrat Pfoch stellt in seinem Schlußwort fest, daß der Betrieb einer Kläranlage zwar entsprechend aufwendig ist, daß sich Wien aber der Verpflichtung nicht entzieht, den Donaustrom rein zu halten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Darlehen für Schnellbahnstationen

Als nächster Tagesordnungspunkt kommt die Darlehensgewährung von 87,5 Millionen Schilling an den Bund für die Errichtung der "Schnellbahnstationen Matzleinsdorfer Platz" und "Brünner Straße" zur Behandlung. Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) führt aus, daß die Verhandlungen für diese beiden Projekte schon jahrelang geführt werden. Die Wiener Schnellbahn zählt zu den beliebtesten Verkehrsmitteln. Sie habe aber einen Fehler, nämlich, daß man zuwenig oft einsteigen kann. Es sei sicherlich auch notwendig, am Rennweg eine Haltestelle zu errichten, aber die Bundesbahnen stehen auf dem Standpunkt, daß eine solche erst nach dem Bau einer Gleisunter- beziehungsweise Überführung in Frage komme.

Von Bundesseite wurde auch mitgeteilt, daß lediglich über die beiden erstgenannten Haltestellen verhandelt wird. Die Stadt Wien wird also bei inländischen Kreditinstituten ein Darlehen von 87,5 Millionen Schilling zu den bestmöglichen Bedingungen aufnehmen und an den Bund für die Errichtung der Schnellbahnstationen "Matzleinsdorfer Platz" und "Brünner Straße" weitergeben.

Der Zinsendienst wird hierfür zur Gänze von der Bundeshauptstadt getragen. Die Zinsen werden ebenso hoch sein wie das aufgewendete Kapital und es ergibt sich daher für Wien die gleiche Belastung wie für den Bund. Die Rückzahlung wird in 20 Jahresraten erfolgen. Mit dieser Errichtung wird einem großen Teil der Wiener Bevölkerung eine wesentliche Verkehrserleichterung geboten. Darüber hinaus wird durch diesen Bau ein bedeutender Beitrag zur Arbeitsbeschaffung geleistet.

Als Debattenredner drückte GR. Karger (KLS) seine Befriedigung über die nunmehrige Errichtung der beiden Haltestellen aus. Er kritisierte aber, daß für dieses Darlehen ein so hoher Zinsbetrag bezahlt wird und das Darlehen nicht aus der "Rathausmilliarde" genommen wird. Darüber hinaus erscheine es ihm bedenklich, daß Wien laufend für Verpflichtungen des Bundes gegenüber der Bundeshauptstadt Vorleistungen machen und damit große Lasten auf sich nehmen muß.

Der Berichterstatter verzichtet auf sein Schlußwort. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Als nächstes kommt die dringliche Anfrage der ÖVP, betreffend "die Behandlung des am 23. Februar 1968 eingebrachten Antrages, demzufolge statt einem Ausstellungspavillon über dem Donaukanal ein Projekt vom bleibendem Wert geschaffen werden soll", zur Verlesung. Diese Anfrage befaßte sich mit der Mitteilung aus dem Rathaus, wonach aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums Wiens als Bundeshauptstadt der Republik Österreich über den Donaukanal ein Pavillon errichtet werden soll, dessen Gesamtkosten 25 Millionen Schilling betragen werden. Es wurde vorgeschlagen, für dieses Geld nutzbringend Anlagen zu errichten. Die geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieses Antrages innerhalb eines Monats erscheine im Hinblick auf die Höhe des Betrages und der fortgeschrittenen Zeit gerechtfertigt. Die dringliche Anfrage lautet nun:

1) Wurde der am 23. Februar 1968 eingebrachte Antrag, betreffend Jubiläumsaktion "Wien - 50 Jahre Bundeshauptstadt" bereits einer geschäftsordnungsgemäßigen Behandlung unterzogen?

2) Wenn ja, wurden dabei auch von uns vorgeschlagene Alternativprojekte ins Auge gefaßt? Wenn nicht, welche Gründe wären dafür maßgebend?

GR. Bittner (ÖVP) erklärt, daß sich die dringliche Anfrage seiner Fraktion ausschließlich mit der Frage beschäftigt, wie der 50jährige Bestand der Republik begangen werden soll. Aus der unterschiedlichen Auffassung zwischen ÖVP- und SPÖ-Fraktion über das Wie und Was eine feindliche Einstellung gegenüber unserer Republik herauszuhören, sei unverständlich und könne nur auf einem Mißverständnis beruhen. Das klare Bekenntnis und die eindeutige Einstellung zur Republik Österreich und zur Bundeshauptstadt stehe außer Diskussion.

Nach Ansicht seiner Fraktion sollte aus dem gegebenen Anlaß jedoch ein Projekt von bleibendem Wert verwirklicht werden. Darüber zu reden und die Steuermittel der Wiener möglichst sinnvoll auszugeben, sei der Zweck der gestellten Anfrage, um deren dringliche Behandlung der Redner ersucht.

GR. Binder (SPÖ) verweist darauf, daß man heute bei der Behandlung eines Geschäftsstückes mit Genugtuung feststellen konnte, daß die Verfassung unserer Republik von allen im Haus vertretenen Parteien restlos anerkannt wurde. Das erfülle uns mit großer Genugtuung. Zum 50jährigen Jubiläum dieser demokratischen Republik wollen wir selbstverständlich eine Darstellung der geschichtlichen Vergangenheit, der Gegenwart und mit Perspektiven auf die Zukunft geben. Es hat verschiedene Vorschläge gegeben, keiner wurde jedoch bisher angenommen. Es sei daher auch unreal, bereits Zahlen zu nennen. Aus dem genannten Grund sei auch die dringliche Behandlung der Anfrage abzulehnen.

Der Antrag wurde nur mit den Stimmen der SPÖ und KLS abgelehnt. Die Antwort wird daher auf schriftlichem Wege erfolgen.

Zur Anfrage der KLS, betreffend "Maßnahmen gegen die Wiedererstehung des Neofaschismus" ergriff GR. Karger das Wort. Er verweist darauf, daß wir alles tun müssen, um eine Entwicklung, wie sie vor dreißig Jahren der Fall war, erfolgreich zu verhindern. Vorfälle der letzten Zeit haben bewiesen, daß der Neofaschismus in unserer Stadt wiederersteht. Wir müßten einmütig zum Ausdruck bringen, daß NDP und Neonazis in unserer Stadt unerwünscht sind. In diesem Sinne ersucht der Antragsteller um dringliche Behandlung der Anfrage.

Bei der Abstimmung fand der Antrag nicht die ausreichende Unterstützung. Er wird daher auf schriftlichem Wege behandelt werden.

Damit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt. Schluß der Sitzung um 16.05 Uhr.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

80. Geburtstag von Cornelius Czarniawski
=====

29. März (RK) Am 30. März vollendet der Komponist und Musikpädagoge Prof. Cornelius Czarniawski das 80. Lebensjahr.

Er wurde in Czernowitz geboren und genoß bei den besten Lehrkräften den musikalischen Fachunterricht. Im Besitze des Meisterdiploms des Konservatoriums der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien begann er seine Laufbahn als Pädagoge in Wiesbaden, entfaltete aber auch gleichzeitig eine intensive Konzert- und Kompositionstätigkeit. Seit 1920 widmete er sich dem freien Schaffen und wählte 1934 Wien zu seinem ständigen Wohnsitz. Hier nahm er auch seine Lehrtätigkeit auf, deren Erfolg für seine Berufung an das Konservatorium der Stadt Wien entscheidend wurde. Czarniawski hat sich zu einem Klaviervirtuosen internationalen Formats entwickelt. Seine Kompositionen bestehen aus Symphonien, Klavierkonzerten und Klavierstücken, Sonaten und Liedern. Auch als Wiedererwecker und Bearbeiter älterer Werke hat er sich Verdienste erworben.

Bürgermeister Bruno Marek hat dem Jubilar ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunshhschreiben übermittelt.

- - -

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung in der kommenden Woche
=====

29. März (RK) In der kommenden Woche findet folgende Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung statt:

Dienstag, 2. April:

18.30 Uhr, Hietzing, Hietzinger Kai 1, 1. Stiege, 2. Stock,
Großer Festsaal.

- - -

Meinungsforschung im Dienste der Öffentlichkeitsarbeit
=====

Sitzung der Pressekommission des Städtebundes

29. März (RK) Die Pressekommission des Österreichischen Städtebundes hielt heute unter dem Vorsitz von Senatsrat Dr. Scherbantin, Linz, im Wiener Rathaus eine Sitzung ab, in deren Rahmen vor allem Probleme der Öffentlichkeitsarbeit erörtert wurden.

Der Leiter des Instituts für empirische Sozialforschung, **Direktor** Blecha, befaßte sich mit dem Thema "Meinungsforschung und Information", wobei er an Hand von Beispielen aus einer Reihe österreichischer Städte Aufgaben und Grundsätze der Sozialforschung sowie die im Zusammenhang mit der Meinungsforschung angewendeten Methoden erläuterte. Die Erfahrung habe gelehrt, daß man bei der Bevölkerung vor allem dann auf Verständnis für große Maßnahmen rechnen könne, wenn man auch die kleinen Probleme anklingen lasse. Dr. Pogatschnigg, Handelskammer Kärnten, referierte zum Thema "Fremdenverkehr und Information", wobei er besonders auf die **Notwendigkeit** einer Verbesserung der Fremdenverkehrsgesinnung im allgemeinen und einer individuellen Werbung im besonderen hinwies. Im Rahmen seines Vortrages zum Thema "Informationsrecht - Informationspflicht" stellte Senatsrat Dr. Scherbantin Vergleiche mit der in der Bundesrepublik herrschenden Situation an, in der die Informationspflicht für Verwaltungsbehörden gesetzlich geregelt ist.

- - -